

Abteilung Integration

Eberhardstraße 61
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-7896
Fax 0711 216-5640
E-Mail: Poststelle.SIP@stuttgart.de

Stuttgart, 11. Juni 2013

Thesenpapier für das forum wien.welt.offen – Enquete Partizipation und Teilhabe

Unter Integration verstehen wir die gleichberechtigte Teilhabe der Immigranten am gesellschaftlichen Leben – sozial, beruflich, kulturell und politisch.

Die **direkte politische Beteiligung** auf Bundes- und Landesebene ist auf die eigenen Staatsbürger beschränkt, auf kommunaler Ebene auf die Unionsbürger. Etwa 10 % der Stadträte im Stuttgarter Gemeinderat haben einen sog. Migrationshintergrund.

Die gesetzlichen Beschränkungen führen dazu, dass in vielen deutschen Großstädten (ähnlich wie in Wien) etwa ein Fünftel der Bevölkerung von der direkten politischen Teilhabe ausgeschlossen ist. Die Einbürgerungsraten von Drittstaatsangehörigen waren bisher niedrig, weil bei diesen (bis auf wenige Ausnahmefälle) eine doppelte Staatsbürgerschaft nicht möglich ist.

Rot-grüne Bundesländer setzen sich für eine generelle Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ein.

Auf der anderen Seite hängen der Zusammenhalt und die Entwicklung einer international geprägten Stadtgesellschaft sehr stark von der aktiven politischen Mitwirkung all ihrer Bürgerinnen und Bürger ab. Hier gibt es vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die in Stuttgart (und anderen deutschen Städten) genutzt werden.

Auf Grundlage der Gemeindeordnung des Landes Baden-Württemberg und der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Stuttgart haben wir seit 1983 einen **Internationalen Ausschuss als beratenden Fachausschuss des Gemeinderats** zu allen Fragen von Migration, Integration und Interkulturalität.

In diesem Gremium wirken 12 vom Gemeinderat bestellte Sachverständige mit (mit 12 Stellvertretern) sowie 13 Stadträte der Fraktionen. Im Gegensatz zu vielen Ausländerbeiräten und Integrationsausschüssen anderer Städte werden die sachkundigen Mitglieder des Internationalen Ausschusses (IntA) in Stuttgart nicht über Listen von Migranten gewählt sondern vom Gemeinderat auf Vorschlag der geschäftsführenden Verwaltung (Oberbürgermeister bzw. sein Integrationsbeauftragter) berufen.

Sachkundige Mitglieder des IntA können Bürger mit und ohne deutschen Pass werden, im Prinzip auch ohne Migrationshintergrund. Bei der Auswahl der Bewerber/innen wirkt eine Kommission mit integrationspolitischen Sprechern und/oder Vorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Fraktionen mit.

Beratende politische Gremien können die direkte politische Beteiligung nicht kompensieren, weil die politischen Beschlüsse Hoheitsaufgabe der Parlamente sind (Gemeinderat, Landtag, Bundestag).

Eine Direktwahl von Migrationsbeiräten über Listen ändert daran nichts. Die Parlamente können gewisse Entscheidungsprozesse in Fachausschüssen oder Beiräten vorbereiten lassen, seien diese gewählt oder berufen. Die Bedeutung und somit der politische Einfluss des beratenden Gremien wie dem Stuttgarter IntA hängen zum einem vom Stellenwert der Integrationspolitik in der Stadt ab (in Stuttgart „Chefsache“ im Rathaus) und zum anderen von der Qualität der Arbeit dieses Gremiums.

Mit ihren Anträgen und Empfehlungen sind die sachkundigen Mitglieder des IntA wichtige Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Integrationsarbeit in Stuttgart, auch weil es eine Berichtspflicht der Ämter über die erreichten Ergebnisse in diesem Ausschuss gibt (siehe dazu auch www.stuttgart.de/internationalerausschuss sowie die Publikation „Stuttgarter Bündnis für Integration (Fortschreibung 2009)“.

Der IntA ist für einige Sachkundige die Vorstufe zu direkter politischer Beteiligung.

- Herr P.: zu Anfang berufen als Vorsitzender eines serbischen Kulturvereins, heute Kreisvorsitzender der SPD Stuttgart:
- Herr L.: berufen als Schulleiter ausländischer Herkunft zum Handlungsfeld Bildung, heute Stadtrat der Grünen und Mitarbeiter im Staatsministerium von Baden-Württemberg
- Frau A.: hauptamtlich Mitarbeiterin der Volkshochschule, inzwischen auch Kandidatin der Partei DIE LINKE für Landtag und Bundestag

In den Stuttgarter Stadtbezirken gibt es **beratende Bezirksbeiräte mit berufenen sachkundigen Einwohner/innen für Migration und Integration**. Personenvorschläge dazu macht der Internationale Ausschuss.

In den Stadtbezirken gibt es auch **direkt gewählte Jugendräte**. Da 56 % aller unter 18-jährigen in Stuttgart aus Familien ausländischer Herkunft stammen und mitwählen dürfen (wahlberechtigt sind alle 14- bis unter 19-jährigen), haben wir hier einen deutlich größeren Migrantanteil als im Gemeinderat. Das Wahlverhalten bei Jugendräten hängt weniger von der ethnischen Herkunft als vom Sozialstatus und der Bildungsorientierung ab (überproportional viele Gymnasiasten).

Den Stuttgarter Jugendrat gibt es seit 1995 als ein Angebot an die Jugendlichen, sich an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Jugendräte werden alle zwei Jahre in den Stadtbezirken gewählt und vertreten ihre Interessen gegenüber Politik und Stadtverwaltung (mehr dazu unter www.jugendrat-stuttgart.de).

Neben diesen politischen Gremien gibt es in Stuttgart selbst organisierte Migrantenvverbände sowie städtisch initiierte Netzwerke als wichtige Kooperationspartner der Stadtverwaltung:

- Das **Forum der Kulturen Stuttgart e.V.** (seit 1998) als Dachverband mit über 100 Migrantenkulturvereinen und interkulturellen Initiativen (institutionell vom Kulturamt gefördert)
- **Runder Tisch der Migrantenernehmerverbände** (koordiniert von der Abteilung Integration zusammen mit der Wirtschaftsförderung)
- **Arbeitskreis Muslime und Integration** mit Vertretern von 12 islamischen Gemeinden, städtischen Ämtern und freien Trägern

Hinzu kommen weitere Akteure wie der **Stadtjugendring** als Dachverband der Jugendverbandsarbeit (ein Drittel der Mitglieder sind Migrantenvvereine, dort auch im Vorstand vertreten), von Migranten initiierte Bildungseinrichtungen und –projekte oder der Fachbeirat zur Entwicklungszusammenarbeit von Migrantenerorganisationen.

Geschäftsführer oder aktive Mitglieder der genannten Netzwerke sind teilweise auch als sachkundige Mitglieder im Internationalen Ausschuss tätig.

Migrantenorganisationen mit ihren Verbänden und der Internationale Ausschuss beteiligen sich an städtischen Kampagnen (Einbürgerungskampagne, Kampagne für mehr Migranten als Auszubildende und Beschäftigte bei der Stadtverwaltung), und sie werben von sich aus für eine stärkere Beteiligung der wahlberechtigten Migranten an Wahlen.

Das Stuttgarter Bündnis für Integration ist somit nicht die Summe verschiedener ethnischer und religiöser Einzelvereine mit Partikularinteressen sondern ein aktives Netzwerk der internationalen Bürgergesellschaft mit gemeinsamen Leitzielen: Förderung der Teilhabe und Chancengerechtigkeit für alle Stuttgarter Einwohner/innen, Stärkung des Zusammenhalts und Nutzung der interkulturellen Potenziale durch Kooperation nach Themenbereichen (Bildung, Kultur, Wirtschaft usw.).

Integration ist eine Gemeinschaftsaufgabe von kommunalen/staatlichen Stellen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, und die Aufgabe der Abteilung Integration in Zusammenarbeit mit ihren Bündnispartnern ist es, diese Vernetzungen zu initiieren, zu unterstützen und tlw. zu koordinieren.

Im Handlungsfeld „Politische Partizipation“ haben wir drei Schwerpunkte:

- **Einbürgerungskampagne** auch mit dem Ziel, dass Ausländer/innen durch die Einbürgerung die gleichen politischen Rechte bekommen; etwa 90.000 der 135.000 ausländischen Staatsangehörigen verfügen über die zeitlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung und werden durch Anschreiben des Oberbürgermeisters über die Voraussetzungen und Vorteile einer Einbürgerung informiert. Dadurch konnte die Einbürgerungsrate von 2010 bis 2012 um 25 % erhöht werden (2012: 1.750 Einbürgerungen, jährliche Einbürgerungsfeier).
- **Professionalisierung der vorhandenen politischen Beratungsgremien** wie Internationaler Ausschuss, Jugendräte u.a. durch Fortbildungen und vielfältige Vernetzungen (mit politischen Entscheidungsträgern, Migrationsexperten, Migrantengemeinschaften, Medien) – dadurch wechselseitiges Empowerment.
- **Politische Bildung mit interkulturellen Formaten** als Voraussetzung für politische Beteiligung – in Schülergruppen (Projekt „Dialog macht Schule“), in Migrantenorganisationen und implizit auch beim Empowerment der bestehenden politischen Gremien wie dem Internationalen Ausschuss.

Wir werben auch bei den politischen Parteien, sich für Migranten als Mitglieder und Mandatsträger zu öffnen. Etwa 27 % der auf Kommunalebene wahlberechtigten Stuttgarter haben einen Migrationshintergrund (Tendenz steigend). Alle demokratischen Parteien unterstützen die Integrationsarbeit und stellen vermehrt Migranten auf ihren Wahllisten auf. Vorreiter sind hier die Grünen.

Gari Pavkovic